

## **17. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums**

Die EU 2027- ungarische und deutsche Perspektiven und Impulse  
Budapest 23.11 2007.

Professor Dr. Manfred Wilke

### **Die Gegenwart der Vergangenheit im Transformationsprozess - das deutsche Beispiel**

Vorwort

Das vereinigte Europa entstand 1989 nach dem Sturz der kommunistischen Diktaturen und dem Ende des sowjetischen Imperiums. Auf dem Weg zum Jahr 2027 stellt sich die Frage: Welche Bedeutung hat die Gegenwart sowohl der nationalen Geschichte als auch die der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts für die Ausbildung einer weiterhin national geprägten europäischen Identität? Das deutsche Beispiel, über das ich spreche, zeichnet sich dadurch aus, dass es um die Vereinigung einer gespaltenen Nation ging. Die Last der Teilung und der kommunistischen Diktaturgeschichte in der DDR musste im Vereinigungsprozess 1989/90 übergeben werden, wollte die Bundesregierung ihr Ziel der Einheit erreichen. Kurz vor Abschluss der Verhandlungen über den Einigungsvertrag kam es zu einem geschichtspolitischen Grundsatzkonflikt zwischen Ost und West, mit dem die Auseinandersetzung um die Integration der Geschichte der kommunistischen Diktatur in die demokratische Erinnerungskultur der Bundesrepublik begann.

#### **I. Politik und Geschichte**

Einleitend einige grundsätzliche Anmerkungen zum Spannungsverhältnis zwischen Politik und Geschichte und dem Zusammenhang von Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft. Für Politiker und Historiker gelten unterschiedliche Zeithorizonte.

Politiker sollen Lösungen für aktuelle Probleme der Gegenwart und damit den Weg in die Zukunft finden. Diese Aufgabe entsteht tagtäglich neu in einer vorgefundenen Konstellation. Historiker, die verantwortlichen Interpretieren der Vergangenheit, verstehen Gegenwart anders, für sie ist sie ein sehr flüchtiger Moment, vergleichbar mit einer

Rasierklinge die buchstäblich jede Sekunde, einen Augenblick der Zukunft zur Vergangenheit werden lässt. Politiker dagegen rechnen in Regierungs- und Wahlperioden, sie müssen ihren Weg im Kontext aktueller Probleme finden. Dies gilt insbesondere für Krisen und in historischen Zäsuren, für deren Lösung es in der Regel keine Masterpläne gibt.

1989 erlebte Deutschland eine solche Zäsur. Die Ereignisse überschlugen sich: die friedliche Revolution in der DDR, der Fall der Berliner Mauer und die Rückkehr der offenen deutschen Frage - das war seit 1945 die der nationalen Einheit – sie kam wieder auf die Agenda der Weltpolitik.

Nach dem Mauerfall wurde das Bundeskanzleramt in Bonn zur Schaltzentrale der Vereinigungspolitik. Die Ereignisse selbst, die dazu führten, waren für die amtierende Bundesregierung von Helmut Kohl zu Beginn ihrer Amtszeit 1982 weder vorstellbar, geschweige denn planbar. Als die SED-Herrschaft endete, forderten der ökonomische Zusammenbruch der DDR und die Einheitshoffnungen ihrer Bürger gebieterisch von der Bundesregierung, diese neue Konstellation zu gestalten. Die Aufgaben des Tages ließen der Bundesregierung wenig Zeit für die Auseinandersetzung mit der Geschichte der gestürzten SED-Diktatur und den mentalen Folgen der deutschen Teilung in Ost und West. Für Bundeskanzler Kohl ging es um die Durchsetzung der Einheit Deutschlands und seine Integration in den europäischen Vereinigungsprozess und in die NATO. Es ging um die Schaffung des zweiten Nationalstaates der Deutschen durch die Übertragung der Geltung des Grundgesetzes auf die DDR. Die Voraussetzung für das Erreichen dieses Ziels war das wichtigste Ergebnis der friedlichen Revolution in der DDR: der Sturz der SED-Diktatur. Sie beendete das kommunistische Projekt der „Diktatur des Proletariats“, die Einigungsbewegung in der DDR stellte die Legitimität dieses Teilstaates grundsätzlich in Frage. Das Ziel der Bürgerrechtler war der Rechtsstaat und eine parlamentarische Republik, sie setzten freie Wahlen in der DDR durch und zwangen die letzte SED-Regierung zur Auflösung des gefürchteten Ministeriums für Staatssicherheit, dem sogenannten „Schild und Schwert“ der Partei. Die politische Zielsetzung der Bürgerrechtler war mit der parlamentarischen Demokratie und dem Rechtsstaat der Bundesrepublik kompatibel und ermöglichte die Vereinigung. Schon im November 1989 stellte Bundeskanzler Kohl klar, dass er alle grundsätzlichen Fragen nur mit einer freigewählten DDR-Regierung verhandeln würde.

## II. Die Politik der Vereinigung

Die „Wende“ zur Demokratie von 1989 in der DDR kam für die Bundesrepublik wie ein Blitz aus heiterem Himmel. War doch der Status Quo der Teilung wohl geordnet.

Die innerdeutschen Beziehungen waren durch den Grundlagenvertrag von 1973 geregelt und sie waren zwischen den westdeutschen Demokraten und den Kommunisten in der DDR auf dem Weg zu einem Nachbarschaftsverhältnis. Die Zweistaatlichkeit schien die Lösung der deutschen Frage von 1945 zu sein. Nun setzte die friedliche Revolution in der DDR die Wiedervereinigung der Deutschen erneut auf die politische Tagesordnung, international geregelt werden konnte sie nur unter der Beteiligung der vier Mächte. Sie beharrten seit 1945 auf ihren originären Siegerrechten für Deutschland als Ganzes. 1989 waren sie damit konfrontiert, dass die Deutschen mit dem Mauerfall in Berlin Fakten schufen in Richtung Einheit, ohne ihr Votum abzuwarten.

Die Vereinigten Staaten unterstützten sehr schnell die Vereinigungspolitik der Bundesregierung, bestanden aber auf der Anerkennung der Westgrenze Polens von 1945 und dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR. Die sowjetische Führung gab erst Ende Januar 1990 ihren Widerstand gegen eine deutsche Einheit auf. Die Abstimmung im westlichen Bündnis über die Integration eines vereinigten Deutschland in die Europäische Union und die NATO waren im Februar 1990 abgeschlossen. Mit den zwei plus vier Verhandlungen setzten die Vereinigten Staaten einen Verhandlungsmodus zwischen den Vier Mächten und beiden deutschen Staaten durch. Der Prozess der innerdeutschen Vereinigung wurde getrennt von der Regelung der internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Einheit. Die Volkskammerwahlen in der DDR galten als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes der Bürger der DDR. Das Wahlergebnis war eindeutig: Gewählt wurden die Parteien, die für die deutsche Einheit und das schnelle Ende der DDR eintraten.

Diese Konstellation des Übergangs zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990 erzwang für die Bundesregierung die Fortsetzung der innerdeutschen Regierungsbeziehungen auch mit der letzten SED-Regierung unter Hans Modrow. Gleichzeitig stellte die Bundesregierung klar, dass sie die grundsätzlichen Fragen wirtschaftlicher Hilfe und der inneren Einheit erst mit einer frei gewählten DDR-Regierung verhandeln werde. Dieser Zeitpunkt war mit der Bildung der Regierung von Lothar de Maiziere erst im April 1990 erreicht. Die drängenden Fragen der wirtschaftlichen Transformationen, zentral war die Einführung der DM im

Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion in der DDR, führten zur Integration von Teilen der wirtschaftlichen Eliten der DDR, ohne die der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft nicht zu gestalten war. Auch der Aufbau eines demokratischen Parteiensystems noch in der DDR funktionierte nicht ohne Funktionsträger aus den sogenannten „Blockparteien“.

Die gestürzte Diktaturpartei SED wurde nicht verboten, sondern sie bekam die Chance zur Selbstreform. Aus einer kommunistischen Partei wurde eine „Partei des Demokratischen Sozialismus“. Im Unterschied zu den Kommunisten Ungarns, die diese Selbstreform, genauer die Rückkehr zu den Traditionen des westeuropäischen Sozialismus, aus eigenem Antrieb vollzogen, geschah die Transformation der SED unter dem Druck der Bevölkerung, der Bürgerrechtler und der Bundesregierung.

Dieser gedrängte Rückblick auf die Konstellation der 11 Monate vom November 1989 bis zur deutschen Einheit im Oktober 1990 sollte noch einmal den politischen Problemdruck vergegenwärtigen, der in der deutschen Politik in diesem Jahr bestand. Sie musste die Probleme bewältigen, wollte sie ihr Ziel erreichen: die deutsche Einheit. In dieser Konstellation durfte sich die Politik, um der Zukunft willen, nicht zum Gefangenen der Geschichte von 40 Jahren Teilung und den damit verbundenen Unterschieden in Kultur und Lebensstilen von West- und Ostdeutschen machen. Dies tat die Bundesregierung auch nicht, sie verfolgte eine Politik der Integration gegenüber den ehemaligen Bürgern der DDR.

Die Politik der Vereinigung war nur erfolgreich möglich, weil sie die Last der Vergangenheit, die Folgen von Teilung und SED-Diktatur ausblendete, um nicht die Suche nach Lösungen für den staatlichen Vereinigungsprozess zu erschweren. Das Vergangene durfte kein Hindernis sein, um das Ziel der Einheit zu gefährden, ohne dass damit die geteilten Erinnerungen der Menschen damit verschwunden waren. Ein Beispiel soll dies illustrieren: Die Notwendigkeit, die Zustimmung der Sowjetunion zur Einheit zu erreichen und mit ihr auch erfolgreich über den Abzug der sowjetischen Truppen in Deutschland zu verhandeln, ließ es zu einem Gebot der politischen Klugheit werden, die SED, die Bruderparteien der KPdSU, nicht zu verbieten.

Ein Schlusstrich unter die Geschichte der SED-Herrschaft, der im Westen von den gestrigen Realisten der Zweistaatlichkeit und im Osten von den gestürzten Diktaturkadern gefordert wurde, war öffentlich nicht durchsetzbar. Die Geschichte blieb präsent und der Umgang mit ihr führte schon 1990 zu politischen Konflikten.

### **III. Die Gegenwart der Geschichte der SED-Diktatur im Vereinigungsprozess**

Nicht die Partei, sondern die Staatssicherheit war im Herbst 1989 der gefürchtete Feind der Demonstranten und der Bürgerrechtler in der DDR. Dieses Unterdrückungsinstrument der SED musste zerschlagen werden, sollte die Demokratisierung der DDR gelingen. Es war nicht zuletzt die Angst vor der Rache des Regimes, die diese Fokussierung erzwang. Hinzu kam, dass das Spitzelwesen in der DDR eine unvorstellbare Dichte besaß, auf ca. 100 Einwohner kam ein Spitzel. Staatssicherheitsminister Erich Mielke wollte immer wissen, wer ist wer in der DDR. Diese Losung wurde im Herbst 1989 von den Bürgern umgedreht und gegen die Offiziere und Inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes gerichtet. Bürgerkomitees stoppten in den Städten der DDR die Vernichtung der Akten des Ministeriums der Staatssicherheit, sie verlangten ihre Öffnung für die Opfer des Geheimdienstes. Es waren diese Akten, an denen sich im Sommer 1990 der Streit um die Geschichte der SED-Herrschaft entzündete. Beide deutsche Regierungen wollten im Einigungsvertrag diesen Aktenbestand dem Bundesarchiv übergeben und restriktive Zugangsregeln festlegen. Dieses Vorhaben scheiterte am Protest in der DDR. Als eines der letzten Gesetze der Volkskammer wurde die Öffnung der Stasi-Akten und die Schaffung eines Sonderarchivs für sie beschlossen, das in den Einigungsvertrag aufgenommen wurde. Mit dem Gesetz über die Schaffung der Stasi-Unterlagen-Behörde begann 1991 die geschichtspolitische Auseinandersetzung des Bundestages mit dem Erbe der kommunistischen Diktatur in Deutschland.

Wurde in der Vereinigungspolitik die Geschichte in den Hintergrund gedrängt, um das Ziel der Einheit zu erreichen, forderten nun die demokratische Kultur und vor allem die Erfahrungen und die Erinnerung an das Leid der Opfer der Kommunisten ihr Recht. Der Streit um die Geschichte der DDR war notwendig für die Zukunft der Demokratie in Deutschland. 1989 hatte das Volk in der DDR auch die Frage beantwortet, ob dieser Teilstaat, der sich auf den Machtwillen sowjetischer und deutscher Kommunisten gründete, legitim war oder nicht. Die Antwort war ein klares Nein.

Aus der Perspektive der demokratischen Kultur der Bundesrepublik war das Urteil über das SED-Regime, die Diktatur nach Hitler, unstrittig klar:

Es war ein Unrechtsstaat, dessen Existenz durch die Sowjetunion international garantiert wurde. Die demokratischen Parteien mussten somit einen klaren Trennungsstrich zur SED-Diktatur ziehen, um klarzustellen, im vereinigten Deutschland bilden Demokratie und Rechtsstaat auch zukünftig die Grundlagen der Staatsordnung. Das Urteil galt somit auch für die Bewertung der geteilten deutschen Nachkriegsgeschichte. Postkommunistische Historiker, die dies bestreiten, argumentieren deshalb grundsätzlich auch nicht mit der Staatsordnung - Demokratie in der Bundesrepublik, Diktatur in der DDR - sondern immer mit der Alternative in der Gesellschaftsordnung nach 1945: Sozialismus oder Kapitalismus.

Diese politische und historische Herausforderung an die demokratische Kultur Deutschlands nach 1990 traf auf gespaltene Erinnerungen im Land selbst. Grundlegend für die Erlebnisgenerationen blieben die Lebenserfahrungen in Ost und West. In der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur fühlten sich im Unterschied zum Nationalsozialismus die Westdeutschen in der Regel nicht betroffen. Aber auch die ehemaligen DDR-Bürger waren in sich gespalten. Politisch standen sich in der Debatte gegenüber: Oppositionelle, Flüchtlinge und Opfer der Diktatur und die Parteifunktionäre, Kulturschaffende, Offizieren der bewaffneten Organe, die ihrer Arbeitsplätze und ihren gesellschaftlichen Status verloren hatten, und sich gegen die Entwertung ihres Lebenssinns wehrten, war doch für sie die DDR ein legitimer Staat. Die individuelle Wahrnehmung der DDR-Geschichte war somit sehr unterschiedlich und das konnte auch gar nichts anders sein.

Die abgewickelte Nomenklatur des SED-Staates verfügte in Gestalt der PDS über eine politische Interessenvertretung, die auf der Legitimität der DDR als Staat beharrte, die These vom Unrechtsstaat erbittert bekämpfte und eine unpolitische Kultur der DDR-Nostalgie beförderte. Die Medien wurden zum Forum dieser Kontroversen und die Gerichte wurden bemüht, um zu entscheiden, ob in Fällen der inoffiziellen Mitarbeit bei der Staatssicherheit, die von dem Betroffenen bestritten wird, ob die damals angelegten MfS-Akten mehr Glaubwürdigkeit besitzen als die nachträgliche Zeugenaussage eines MfS-Führungsoffiziers, der in der Regel den Beschuldigten entlastet und in dem Zusammenhang den Inhalt der Akten umdeutet.

#### **IV. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur**

Gedenken und Erinnern bedarf authentischer Orte und offener Archive, dies gilt insbesondere für die Geschichte der Diktaturen. In diesem

Bereich der Kultur ist zu dem der demokratische Staat selbst gefordert, die von ihm geförderte Erinnerungskultur zu gestalten.

Die Errichtung eines Sonderarchivs für die Akten des MfS und ihre Öffnung für die Opfer der Staatssicherheit, die Justiz, die Medien und die historische Forschung waren der erste Schritt in der Geschichtspolitik des Bundestages in Bezug auf die SED-Diktatur. Der zweite folgte 1992 mit der Einsetzung einer Enquete-Kommission zu „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Erstmals befasste sich eine parlamentarische Enquete-Kommission mit der Deutung der Vergangenheit. 1993 führte die Umgestaltung der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ der DDR in den ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen zur Etablierung der Gedenkstättenförderung des Bundes. Die Diskussionen um die neue Konzeption für diese Orte des Schreckens verbanden sich mit der Debatte um das Denkmal für die ermordeten europäischen Juden, das in Berlins Mitte errichtet wurde. Buchenwald und Sachsenhausen waren aber Orte mit doppelter Vergangenheit, geschaffen von den Nationalsozialisten wurden sie nach 1945 als sowjetische Speziallager weiter betrieben. Im Zusammenhang mit der Umgestaltung dieser Gedenkstätten diskutierten die Deutschen noch einmal über Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Diktaturen in unserem Land. In dieser Debatte setzte sich ein wichtiger Grundsatz der heutigen deutschen Erinnerungskultur durch: Die Verbrechen der Kommunisten dürfen nicht dazu dienen, die der Nationalsozialisten, namentlich den Völkermord an den europäischen Juden, zu relativieren. Die Verbrechen der Nationalsozialisten dürfen andererseits nicht die der Kommunisten bagatellisieren. Beiden totalitären Diktaturen war gemeinsam die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat und somit muss das demokratische Deutschland an beide erinnern und ihrer Opfer weiterhin gedenken. Geklärt wurde in dieser Debatte auch der qualitative Unterschied zwischen beiden Diktaturen, der eigentlich immer klar war: Der Nationalsozialismus war die originäre deutsche Diktatur, die durch ihren verlorenen Angriffskrieg die Voraussetzung schuf, damit die Sowjetunion als Siegermacht 1945 in einem Teil Deutschlands die kommunistische Diktatur implementieren konnte. Dies Schicksal teilten auch die Ungarn.

Die Regierung der großen Koalition will in dieser Legislaturperiode ein Gedenkstättenkonzept beschließen, das die staatliche Förderung von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und Stiftungen zur Aufarbeitung der SED -Diktatur dauerhaft sichert. Es geht um die historisch begründete Befestigung der Demokratie auch mit dieser Erinnerungskultur, in der die Opfer beider Diktaturen im Mittelpunkt stehen. Dieser Grundgedanke ist die Leitlinie des Entwurfs für die Konzeption, die die Bundesregierung im Juni 2007 vorgelegt hat und aus der ich abschließend zitieren will. Diese

Sätze fassen die Bedeutung der Erinnerungen an beide Diktaturen für die demokratische Kultur in unserem Land zusammen:

„Das Verständnis der eigenen Geschichte prägt die Identität jeder Nation mit. Dazu gehören für uns Deutsche die Lehren, die die Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland aus der verbrecherischen Erbschaft des Nationalsozialismus gezogen hat: Die unveräußerliche Achtung der Menschenwürde, die verantwortete Freiheit und die Wertebindung des Grundgesetzes sind tragende Prinzipien unserer demokratischen Ordnung.

Zum historischen Erbe des wiedervereinten Deutschlands zählt auch seit 1990 die kommunistische Diktatur in der ehemaligen SBZ/DDR.“

Die Konklusion: die Geschichte der Diktaturen muss konsequent aufgearbeitet werden, um nachfolgenden Generationen diese „ Lehren aus diesen Kapiteln unserer Geschichte“ immer wieder neu zu vermitteln.“